

Der Kampf um die Trinkwasser-Initiative

Der Bauernverband will mit einer Million Franken eine Zustimmung zur Vorlage verhindern

ANGELIKA HARDEGGER

Die Initiative für sauberes Trinkwasser kommt erst 2020 an die Urne, aber schon heute drehen Gegner und Befürworter im roten Bereich. Protokoll eines Kampagnentages zwölf Monate vor der Abstimmung.

10 Uhr 15, im Kartoffellager von Familie Bürgi, Limpach, Kanton Bern.

Wie Hühner auf der Stange sitzen sie auf der improvisierten Bühne aus Europaletten. Hier, wo zur Erntezeit die Kartoffeln von Bauernfamilie Bürgi lagern, stellt die Spitze des Schweizer Bauernverbands an diesem Dienstagmorgen eine Studie vor. Es ist ein Papier, das Bauernpräsident Markus Ritter in den kommenden zwölf Monaten noch oft zitieren wird. Bestellt hat er es bei der Berner Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften (Hafl).

Die Forscher haben die Studie nüchtern-wissenschaftlich überschrieben. «Auswirkungen der Trinkwasser-Initiative auf Landwirtschaftsbetriebe», steht auf der Titelseite. Der Bauernverband hat das in Kampagnensprache übersetzt. Er will den Journalisten an dieser Pressekonferenz vermitteln, «warum die Trinkwasser-Initiative ein Eigentor ist».

Nicht nur linke Sympathisanten

Die Schweizer Bauern nehmen die Trinkwasser-Initiative ernst. Sie kommt voraussichtlich im Mai 2020 an die Urne. Lanciert wurde das Anliegen von Franziska Herren, einer Fitnesstrainerin aus dem Kanton Solothurn. Sie fordert, dass in Zukunft nur noch ein Teil der Bauern Direktzahlungen erhält, jene nämlich, die auf Pestizide und prophylaktische Antibiotika verzichten und nur so viele Tiere halten, wie mit dem Futter des

eigenen Betriebs ernährt werden können. Sympathisanten hat Herren laut ersten Umfragen weit über das rot-grüne Milieu hinaus. Bei den Freisinnigen befürwortet eine Mehrheit von 64 Prozent offenbar sogar ein Verbot von Pestiziden, also mehr, als die Trinkwasser-Initiative fordert. Das hat eine parteiinterne Befragung ergeben.

Bauernpräsident Markus Ritter arbeitet daran, diese Ausgangslage zu ändern. Er will das Jahr vor der Abstimmung nutzen, «aufklären», die Debatte über die Folgen der Initiative möglichst früh lancieren. Rund eine Million Franken hat der Bauernverband budgetiert, damit mit der Trinkwasser-Initiative das passiert, was mit fast allen Initiativen passiert: Erst zeigt der Trend in Richtung Ja. Dann fällt die Zustimmung in sich zusammen.

Im Kartoffellager von Familie Bürgi steht Markus Ritter am Rednerpult und sagt: «Die Forderungen sind zu extrem.» «Die Initiative führt nicht zum gewünschten Resultat.» «Wir müssten einfach mehr Lebensmittel importieren.» Es sind Sätze, die der Rheintaler Biobauer in den kommenden Monaten noch oft aufsagen wird. Und immer wieder wird er auf die Studie von Martin Pidoux verweisen. Pidoux, modernes Sakko, Schnauz, stellt seine Studie mit welschem Akzent vor. Für elf Bauernhöfe haben er und seine Kollegen von der Berner Agrar-Hochschule simuliert, welche Folgen die Trinkwasser-Initiative hätte. Sie haben in Interviews eruiert, welche Strategie die Betriebe wählen würden: Ausstieg aus dem Direktzahlungssystem oder Anpassung an die neuen Auflagen.

Das Resultat fällt gemischt aus. Fünf der elf Betriebe, vor allem Milchproduzenten, würden sich den neuen Anforderungen beugen. Sechs Betriebe würden aus dem Direktzahlungssystem aussteigen, weiterhin Pestizide verwenden und

Futtermittel zukaufen. Vor allem Schweine- und Pouletmastbetriebe sind «nicht TWI-kompatibel», wie Pidoux es formuliert. Auch die befragten Obst- und Rebbauern würden eher auf Staatsgeld verzichten, als die Produktion auf pestizidfrei umzustellen.

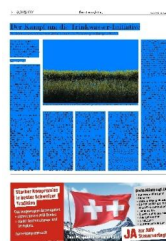
«Kaum im Sinne der Erfinder»

Der Bauernverband nimmt das als Beweis, dass die Trinkwasser-Initiative ihr Ziel verfehlt. Wenn Bauern aus dem Direktzahlungssystem aussteigen, so die Logik, müssen sie weniger strenge Umweltauflagen erfüllen als heute. Was der Bauernverband nicht sagt, ist: Die eigene Studie widerspricht diesem Schluss teilweise. Das Umwelt- und Tierschutzrecht setzt einer noch intensiveren Produktion gegenwärtig enge Grenzen.

Agrarforscher Martin Pidoux gibt sich Mühe, die Grenzen der eigenen Studie zu relativieren. Die untersuchten Betriebe wurden gemeinsam mit dem Bauernverband selektioniert. Es sei wichtig zu präzisieren, dass diese «nicht für die Schweizer Landwirtschaft repräsentativ sind», heisst es in der Studie. Folglich könnten die Ergebnisse «unter keinen Umständen verallgemeinert werden».

Von derlei Comme-il-faut lässt sich der Direktor des Bauernverbands, Jacques Bourgeois, nicht aufhalten. Man habe jetzt gehört, wie sich die Trinkwasser-Initiative «auf einzelne Betriebe und damit auf die ganze Landwirtschaft auswirkt», sagt er in seinem Referat. Das Ergebnis sei wohl kaum «im Sinne der Erfinder». Um Punkt 11 Uhr beendet der Bauernverband die Pressekonferenz. Die Journalisten werden im Shuttlebus an den nächstgelegenen Bahnhof chauffiert. In E-Mails melden sich jetzt die Befürworter der Trinkwasser-Initiative zu Wort.

11 Uhr 09. E-Mail vom Fischerei-Verband. Betreff: «Fischer spielen Bauern



ins Offside».

11 Uhr 09. E-Mail von Greenpeace. Betreff: «Bundesrat und Bauernverband: Mit Fake-News gegen die Trinkwasser-Initiative».

12 Uhr 09. E-Mail des Trinkwasser-Komitees. Betreff: «SBV-Studie – Ängste schüren, statt an Lösungen zu arbeiten».

14 Uhr 03. E-Mail von Vision Landwirtschaft. Betreff: «Falschinformationen von Bundesrat und Hochschule».

Die Vision Landwirtschaft ist eine kleine Vereinigung von ökologisch gesinnten Agrarexperten. Sie unterstützt und berät Franziska Herren und ihr Initiativkomitee. Führender Kopf ist Andreas Bosshard. Er wirft der Hochschule für Agrarwissenschaften vor, sich mit «Falschinformationen» in den Abstimmungskampf einzumischen. Die Studie des Bauernverbands sei nicht repräsentativ und beruhe auf falschen Annahmen. Ähnlich tönt es vom Trinkwasser-Komitee. Der Initiativtext sei in der

Studie «viel zu rigid und damit unrealistisch ausgelegt» worden, schreibt Franziska Herren.

Streit um das Wort «Pestizid»

Der Streit dreht sich um wenige zentrale Begriffe im Initiativtext, die eng oder breit ausgelegt werden können. Zum Beispiel das Wort «Pestizide». Bauernverband und Bundesrat sagen, der Begriff umfasse auch Pflanzenschutzmittel aus dem Biolandbau. Anders die Befürworter der Initiative: Sie verstehen unter dem Begriff «Pestizide» nur synthetisch-chemische Mittel. Pflanzenschutzmittel aus dem Biolandbau wollen sie weiterhin erlauben. Das Problem von Franziska Herren und ihren Mitstreitern ist: Im Abstimmungskampf zählt in erster Linie die Auslegung des Bundesrats. Und dieser hat die Initiative streng ausgelegt. An diesem Dienstag, 7. Mai, versuchen die Befürworter der Initiative die Deutungs-

hoheit zurückzugewinnen.

Sie führen ein «brisantes» Rechtsgutachten an, das den Bundesrat scharf kritisiert. In Auftrag gegeben haben es der Fischerei-Verband und der Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute. Das Gutachten kommt zum Schluss, dass die Regierung die Initiative «eng, einseitig nach dem Wortlaut und auch diesen teils nicht umfassend würdigend» ausgelegt habe. Der Umgang des Bundesrats mit der Initiative sei «fragwürdig» und «tendenziös». Greenpeace spricht von einem «stossenden Beispiel für die Verfilzung von Agrarindustrie und Politik». Vision Landwirtschaft wirft der Regierung «Fake-News» vor.

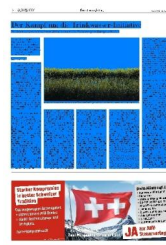
Bauernpräsident Markus Ritter hat für solche Ausdrücke nur ein Lächeln übrig. Man hätte halt früher überlegen müssen, wie man den Initiativtext formuliert, sagt er. Er tönt nicht so, als stünde er im Abseits.

Datum: 08.05.2019

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 102'430
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 14
Fläche: 77'109 mm²

Auftrag: 1008268
Themen-Nr.: 541.003

Referenz: 73431751
Ausschnitt Seite: 3/3



Wer auf seinen Feldern Pestizide einsetzt, soll keine Direktzahlungen erhalten – dies fordern die Initianten.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZ